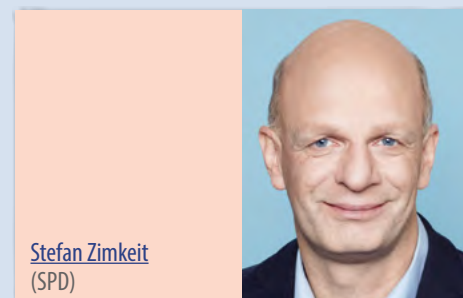
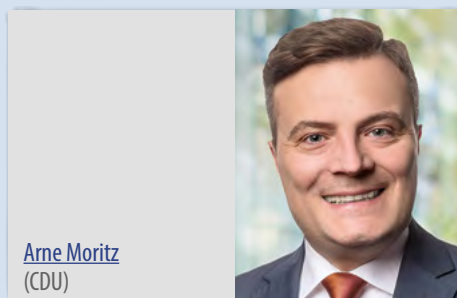


SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Spielbanken“



Die Privatisierung der Spielbanken ...

... ist für uns die logische Antwort auf die Frage, ob das Land Nordrhein-Westfalen selbst Spielbanken betreiben muss – oder anders gesagt, auf die Frage: Muss der Staat mit am Roulette-Tisch sitzen? Das Land setzt auch in Zukunft einen hohen Standard beim Spielerschutz. Das Bild des Landes als Glücksspiel-Betreiber widerspricht aber unserem Staatsverständnis im Grundsatz.

... ist der falsche Weg. CDU und FDP wollen auf dem Rücken der Beschäftigten und zum Schaden des Spielerschutzes ihre „Privat vor Staat“-Ideologie durchsetzen. Zudem wurde in der Expertenanhörung die Befürchtung geäußert, dass das Gesetz der Geldwäsche Vorschub leistet.

Zwei weitere Spielbanken ...

... sind eine wirtschaftliche Option für interessierte Investoren. Aber diese müssen die hohen Kriterien der Landesregierung in den Punkten Qualität und Schutz der Spieler erfüllen. Und natürlich müssen auch diese Casinos die gesetzliche Spielbankenabgabe zur Finanzierung wohltätiger Zwecke leisten.

... sind aus Sicht der meisten Sachverständigen unnötig. Damit wird die WestSpiel für potentielle Käufer attraktiver gemacht, um das politische Ziel der Privatisierung um jeden Preis durchzusetzen. Damit werden private Betreiber gegenüber dem öffentlichen Betreiber bevorzugt. Die Gefahr, dass Standorte gegeneinander ausgespielt und damit gefährdet werden, ist enorm hoch.

Spielsucht-Prävention ...

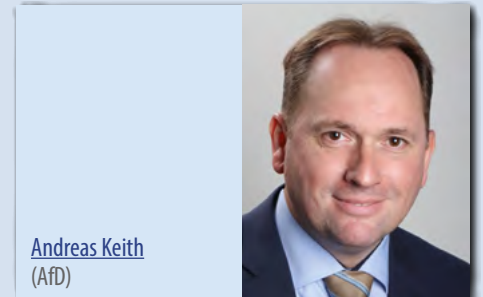
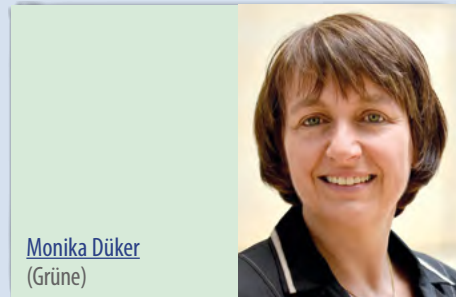
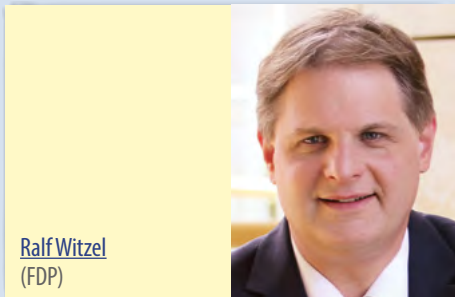
... ist die Messlatte bei der Privatisierung und wird staatlich weiterhin streng kontrolliert. Auch private Träger haben ein Interesse an bestmöglichem Spielerschutz und guter Sucht-Prävention. In den privatisierten Spielbanken in Berlin und Sachsen-Anhalt beispielsweise ist der Schutz der Spieler deutlich verbessert worden. Der neue Glücksspielstaatsvertrag wird ebenfalls weitere bundesweite Maßstäbe setzen.

... muss das leitende Motiv bei der Regulierung von Glücksspiel sein. Der vorliegende Entwurf weist hier erhebliche Mängel auf. Strikte Regulierung und Kontrolle sind nicht sichergestellt, weil ein privater Anbieter vor allem wirtschaftliche Interessen verfolgt. Es ist zu befürchten, dass sich mit der Privatisierung der Spielerschutz verschlechtert.

Die bisherigen Standorte ...

... bieten ein attraktives Spielangebot an außergewöhnlichen Standorten. Damit wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Spielinteressierte auch ein vielfältiges und sicheres Angebot in ihrer Nähe finden. Dafür sollen sie nicht auf die Spielbanken außerhalb Nordrhein-Westfalens ausweichen müssen.

... brauchen eine Garantie. Insbesondere die über tausend Beschäftigten brauchen Klarheit über ihren Arbeitsort. Aber auch für die Städte vor Ort haben die Spielbanken eine wichtige Funktion. So sichern sie den Städten wichtige Einnahmen. Der Entwurf gibt keine Garantien für die bestehenden Standorte, was auch die Kommunen scharf kritisieren.



... ist richtig und notwendig. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer, wie die Probleme und Verluste bei WestLB, BLB und WestSpiel-Staatscasinos zeigen. Etliche andere Bundesländer mit Regierungsbeteiligung von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei haben die Marktrisiken der im Umbruch befindlichen Glücksspielbranche längst vom Steuerzahler an private Betreiber übertragen und so für die öffentliche Hand reduziert.

... folgt allein der Ideologie „Privat vor Staat“. In der Präsenzhörung, auf die wir als Opposition bestanden haben, wurde deutlich, dass der Gesetzentwurf selbst viele gute Gründe darlegt, warum die Privatisierung abzulehnen ist. Nichts sprach dabei für eine Privatisierung. Der Gesetzentwurf wird weder den Interessen der Standortkommunen, noch den Interessen der Beschäftigten gerecht.

... wirft viele Fragen auf. Neben der grundsätzlichen und sorgfältig abzuwägenden Entscheidung, ob eine Privatisierung erstrebenswert ist, stellt sich angesichts der Ereignisse in den letzten Monaten die Frage des richtigen Zeitpunkts. Für eine Privatisierung bedarf es Interessenten, denen das Angebot zusagt und die das wirtschaftliche Risiko einer sich im Umbruch befindenden Branche eingehen wollen.

... können völlig unabhängig von der Frage eines öffentlichen oder privaten Betreibers helfen, eine Kundenabwanderung in andere Länder oder zu fragwürdigen Spielangeboten zu vermeiden. Eine Standortausweitung haben die Staatscasinos bereits vor Jahren angekündigt, um die drohende Insolvenz abzuwenden. Legale Casinos unter Aufsicht und vor Ort sind besser zu kontrollieren als Internetangebote im Ausland.

... sind aus suchtpreventiven Gründen abzulehnen. Sie dienen nicht der Kanalisierung der Spielsucht, sondern der Gewinnmaximierung des zukünftigen Investors. Nur eine Verringerung des Angebots wäre echter Spielerschutz. Darüber hinaus schaffen neue Standorte Konkurrenz zwischen den Spielbanken zum Nachteil der Mitarbeitenden. Auch dies wurde in der Anhörung zum Gesetzentwurf deutlich.

... in der geplanten Form wirken auf uns, als wolle man einem privaten Erwerber ein Angebot mit Option auf Umsatzwachstum als Zugabe machen, ohne Rücksicht auf die Beschäftigten. Denn für die bedeutet z.B. freie Standortwahl bestenfalls ein Einsatz an einem anderen Ort, schlimmstenfalls die Kündigung, wenn ein Umzug u.a. aus familiären Gründen ausscheidet. Das lehnen wir ab!

... ist ein zentrales Anliegen der FDP. Glücksspiel sollte daher größtmöglich an Orten stattfinden, die behördlich streng kontrolliert werden. Lizenzierte private Spielbanken haben in Deutschland den Spielerschutz seit Jahren quantitativ und qualitativ ausgebaut und zur Suchtprevention neue Sozialkonzepte, Checklisten und Einlasskontrollsysteme zuerst eingeführt, bevor sie allgemein Standard wurden.

... ist das wichtigste Ziel des Spielbankgesetzes. Die Anhörung zum Spielbankgesetz hat jedoch verdeutlicht, dass der vorliegende Gesetzentwurf den Spielerschutz eher gefährdet, als ihn zu steigern. Daher lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

... wird mit diesem Spielbankengesetz u.a. konterkariert durch die Idee, für den Spielerschutz Kundenbetreuer – die eigentlich völlig andere Aufgaben haben – verantwortlich zu machen. Offenbar will man vor allem privaten Betreibern entgegenkommen, indem man z.B. Zugangsmöglichkeiten deutlich erleichtert und finanziell entgegenkommende Regelungen anbietet. Hier werden völlig falsche Prioritäten gesetzt!

... werden auch nach neuer Gesetzeslage konzessioniert und weiter betrieben. Das erhält Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in den jeweiligen Kommunen. Es dient deren Stabilisierung, wenn sich ein privater Erwerber findet, der mit eigenem Geld notwendige Investitionen zur Modernisierung des Spielangebotes tätigt, die den Staatscasinos bislang aufgrund ihrer vielen defizitären Jahre nicht möglich sind.

... benötigen eine echte Standortgarantie. Diese fehlt jedoch im vorliegenden Gesetzentwurf. Die Kommunen sind auf eine unveränderte kommunale Spielbankenabgabe angewiesen und auch für die Mitarbeitenden bedeutet eine Standortgarantie Sicherheit für ihre Arbeitsplätze.

... werden nach einer Privatisierung durch die neuen Erwerber nach rein betriebswirtschaftlichen Prämissen überprüft und entsprechend reduziert. Für die Beschäftigten an den weniger lukrativen Standorten brechen damit äußerst unsichere Zeiten an. Für sie wird es mit dieser Fassung des Gesetzes bald heißen: „Rien ne va plus!“